

Das Bundesverwaltungsgericht fällt einen brisanten  
Entscheid zur Wegweisung von Flüchtlingen SEITE 16

Das Bundesgericht stoppt ein 700-Millionen-Projekt  
im Kanton Wallis SEITE 17

# Günstigere Strompreise statt Referendum

Im Nationalrat wird um die noch umstrittenen Details der Energiestrategie 2050 gerungen

Die Energiestrategie ist mehrheitsfähig. Kommt es zu weiteren Entlastungen für Firmen, dürfte den Wirtschaftsverbänden die Lust am Referendum ganz vergehen.

DAVIDE SCRUIZZI

Kommende Woche berät der Nationalrat erneut über die Energiestrategie 2050. Nun geht es um die Bereinigung von Differenzen zwischen National- und Ständerat. Die Entscheide der vorbereitenden Kommission zeigen dabei, dass die grosse Kammer dem wirtschaftsfreundlichen Kurs des Ständerats in vielem folgen dürfte. Dies dürfte Bedingung dafür sein, dass die Vorlage im von FDP und SVP dominierten Nationalrat später auch die Schlussabstimmung übersteht. Doch versuchen bis zum Schluss die Wirtschaftsverbände um den Dachverband Economiesuisse bei den Strompreisen weitere Zugeständnisse herauszuholen. Die politische Mitte und die Linke haben ihrerseits ein Interesse daran, die Wirtschaft zufriedenzustellen. Im Hintergrund plant nämlich ein Netzwerk bürgerlicher Organisationen ein Referendum gegen die Energiestrategie.



Der Weg zum neuen Energiegesetz ist lang und ähnlich verworren wie gewisse Lichtinstallationen.

GORAN BASIC / NZZ

## Neue Entlastungen

Das Netzwerk, dem das Liberale Institut und die Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz angehören, hat im traditionellen Parteispektrum erst die Jungfreisinnigen klar auf seiner Seite. Im Übrigen spürt aber Lukas Weber von der Organisation Alliance Energie, die dem Netzwerk ebenfalls angehört, viel Zurückhaltung. Fest steht: Ohne grosse Wirtschaftsverbände wird es schwierig sein, eine Abstimmungskampagne zu führen. Bekannt ist: Im vom ehemaligen AKW-Manager Heinz Karrer präsidierten Dachverband Economiesuisse ist die Lust auf eine Schlacht um die Energiestrategie klein. Lieber versucht man dort, weitere Ent-

lastungen für Unternehmen zu erringen. Dabei geht es um die Möglichkeit, sich durch Effizienzverpflichtungen im Rahmen von Zielvereinbarungen von der Stromkundenabgabe zur Alimentierung des Ökostrom-Subventionssystems kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) zu entlasten. Diese beträgt derzeit 1,3 Rappen pro Kilowattstunde und soll laut dem Willen beider Räte auf 2,3 Rappen steigen. Economiesuisse will im Sinne bestehender Anträge eine solche direkte Erhöhung hinauszögern, indem weitere Erhöhungen etappiert und nicht auf Vorrat erfolgen sollen. Vor allem soll aber der Kreis der Unternehmen, denen bei der Erfüllung von Effizienzzielen die KEV-Abgabe zurückerstattet wird, er-

weitert werden. Kurt Lanz von Economiesuisse schlägt vor, die Untergrenze von derzeit 20 000 Franken für solche Rückforderungen zu senken, was einen entsprechenden politischen Vorstoss benötigte. Denkbar seien zudem administrative Vereinfachungen sowie Anpassungen der Energieverordnung. In jedem Fall werde auch die anstehende Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes Verbesserungen ermöglichen, so Lanz.

## Ständerat setzte Akzente

«Je wirtschaftsfreundlicher die Differenzbereinigung, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass Economiesuisse das Referendum nicht unterstützen wird».

## Verwirrung um Geld

Die grüne Atomausstiegsinitiative will eine rasche Stilllegung aller AKW bis 2029. Aussagen von Economiesuisse, wonach die Strombranche den Abstimmungskampf finanziell nicht unterstützen sollte, sorgen bei bürgerlichen Politikern für Kritik. Economiesuisse relativiert nun die Bedeutung solcher Entscheide. Axpo will die Frage für sich erst genau klären. Alpiq bestätigt, die Nein-Kampagne nicht direkt finanziell mitzutragen (aber über Verbandsbeiträge); bei einem Ja sei der Bund entschädigungspflichtig.

# Die beiden Kammern üben das Zusammenspiel

In der Märzsession bereinigen National- und Ständerat viele Differenzen und schaffen absehbar neue

Am Montag beginnt in Bern die dreiwöchige Frühlingssession. Die Unternehmenssteuerreform, die Finanzierung der Nationalstrassen und die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sind drei der dominierenden Themen.

JAN FLÜCKIGER, BERN

Nicht nur bei der Energiestrategie 2050 (siehe Text oben) stehen in den kommenden drei Wochen Differenzbereinigungen zwischen National- und Ständerat an, sondern auch bei vielen anderen Geschäften – so etwa beim Zollgesetz, Heilmittelgesetz, Waldgesetz, Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) sowie bei der Armeereform.

Die Revision des Zollgesetzes ist weitgehend unbestritten. Der Nationalrat möchte aber – im Gegensatz zu Bun-

Eine zentrale Differenz beim Heilmittelgesetz ist die Frage, inwieweit Ärzte und Apotheker Gegenleistungen von der Pharmaindustrie oder vom Medikamentenhandel annehmen dürfen. Der Ständerat will solche Praktiken nur bei rezeptpflichtigen Medikamenten verbieten, der Nationalrat bei sämtlichen Heilmitteln und Medizinalprodukten. Hält der Ständerat am Mittwoch der ersten Sessionswoche an seiner Position fest, braucht es eine Einigungskonferenz.

Differenzen gibt es auch beim Waldgesetz: Der Nationalrat möchte den Absatz von Schweizer Holz fördern, bei öffentlichen oder subventionierten Bau-

ten den Gebrauch von Schweizer Holz vorschreiben sowie Finanzhilfen für die Erschliessung ausserhalb von Schutzwäldern leisten. Der Ständerat lehnt all dies ab. Am Mittwoch der ersten Woche ist wieder der Nationalrat an der Reihe.

Beim Büpf, welches am Donnerstag der ersten Woche traktandiert ist, sieht es so aus, als werde der Nationalrat auf die Linie des Ständerates einschwenken: Die Randdaten der Kommunikation sollen wie heute sechs Monate aufbewahrt werden und nicht zwölf, wie dies Bundesrat und Parlament ursprünglich wollten. Damit hofft man auch, den Gegnern den Wind für ein Referendum aus den Segeln zu nehmen.

## Vom Stiefkind bis zum Höckerschwan

Drei Volksinitiativen stehen in der Frühlingssession auf dem Programm: im Ständerat die Atomausstiegsinitiative, die Grünen und die

tragenen Partnerschaften Stiefkinder adoptieren dürfen. Ebenfalls diskutiert wird über die erleichterte Einbürgerung

Am Montag der zweiten Woche wird der Ständerat zudem wohl die letzten Differenzen bei der Armeeform ausräumen. Im Grundsatz sind sich die beiden Kammern über die Stossrichtung der Reform einig. Ebenso darüber, dass der Armee pro Jahr 5 Milliarden Franken zustehen sollen. Hier ist es der Bundesrat, der sich bis jetzt weigert, den Auftrag des Parlamentes umzusetzen.

Neue Differenzen zwischen den beiden Kammern werden aber absehbar beim gewichtigsten Geschäft der Frühlingssession geschaffen, bei der Unternehmenssteuerreform, die am Mittwoch der dritten Woche auf dem Programm steht. Die vorbereitende Kommission des Nationalrates möchte, im Gegensatz zum Ständerat, die Emissionsabgabe auf Eigenkapital abschaffen, einen Steuerabzug für Zinsen auf überschüssigem Eigenkapital sowie eine Tonnage-Tax für Schifffahrtsgesellschaften einführen.

Ebenfalls uneinig sind sich die Räte bei den Ladenöffnungszeiten: Eine Mehrheit des Nationalrates dürfte am

so Lanz. Ähnlich wie für den Gewerbeverband und den Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen hat für Economiesuisse der Ständerat (Zweiterat) die Energiestrategie verbessert. Die Linke beklagt eine Verwässerung:

► **AKW-Laufzeiten:** Das nationalrätliche Konzept, wonach AKW nach 40 Betriebsjahren nur weiterbetrieben werden sollen, wenn sie in Langzeitbetriebskonzepten Investitionen in die Sicherheit darlegen können, ist vom Ständerat abgelehnt worden. Nun will auch die nach den Wahlen neu konstituierte Energiekommission des Nationalrats mehrheitlich nichts davon wissen.

► **Begrenzung der KEV:** Das ganze Fördersystem KEV soll laut dem Willen des Ständerats zeitlich befristet sein. Ab dem sechsten Jahr nach Inkrafttreten des ersten Massnahmenpakets (also ab etwa 2023) sollen keine neuen langfristigen Subventionen mehr starten, ab etwa 2031 auch keine neuen einmaligen Investitionsbeiträge ausbezahlt werden.

► **Förderung Grosswasserkraft:** Der Ständerat hat zusätzlich zum nationalrätlichen Konzept einer Förderung von Neuinvestitionen in grosse Wasserkraftwerke eine Subventionierung für Kraftwerke in finanziellen Notlagen beschlossen. Die nationalrätliche Energiekommission will dies nun mit einer allgemeinen Unterstützung ersetzen. Die Werke sollen für diejenige Elektrizität, welche sie im freien Markt unter den Gestehungskosten verkaufen müssen, von einer Prämie von höchstens 1 Rappen pro Kilowattstunde profitieren können. Diese Ausweitung der KEV macht das erste Gesetzespaket zur Energiestrategie 2050 für Stromfirmen sehr attraktiv.

► **Effizienzziele:** Die nationalrätliche Energiekommission will darauf verzichten, Stromversorger zur Durchsetzung von Effizienzzielen zu zwingen.

► **Steuerabzüge:** Die vorbereitende Kommission des Nationalrats will neue Optionen für Steuerabzüge bei Gebäudesanierungen. Dagegen wehren sich die Kantone, die derartige Steuerausfälle nicht akzeptieren und mit einem Ausstieg aus der Förderung drohen.

tag der zweiten Woche als Erstrat über den neuen Nationalstrassen- und Agglomerations-Fonds (NAF) beugen. Neu soll darin auch der Netzschluss integriert werden, das heisst die Übernahme von 400 Kilometern bestehender Strassen ins Nationalstrassennetz.

ANZEIGE

Christian Vitta  
Tessiner Staatsrat  
für Finanz und  
Volkswirtschaft

«Das Tessin will mit dem Rest des Landes verbunden bleiben, ohne Sanierungstunnel am Gotthard werden wir aber über drei Jahre lang von ihr abgekoppelt. Das Tessin dankt darum für Ihr Ja zur zweiten Röhre am Gotthard.»